

KANTONSratsPROTOKOLL

Sitzung vom 20. Juni 2016
Kantonsratspräsident Franz Wüest

M 171 Motion Roth David und Mit. über eine Erhöhung der Vermögenssteuer / Eröffnet am: 20.06.2016 Finanzdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.
David Roth hält an seiner Motion fest.

David Roth: Mit einer Erhöhung der Progression bei der Vermögenssteuer können wir einen grossen Teil des Finanzproblems lösen. Die Vermögenssteuer trifft die Personen, welche es sich leisten können. Die Vermögenssteuer soll Aussagen zufolge auch einen grossen Teil des Mittelstandes treffen. Es ist kaum anzunehmen, dass eine Person mit einem Eigenheim über ein Vermögen von 400'000 Franken verfügt, hier kommen wohl Hypotheken hinzu. Der Mittelstand wird also kaum von dieser Massnahme betroffen sein. Zur Vision des Regierungsrates hat es kaum gehört, den Kanton Luzern an den Rand des Ruins zu treiben. Oder wie will der Kanton die fehlenden Millionen beschaffen? Auch bis im November werden wir keine Lösung für dieses Problem finden. Die Motion kann dazu beitragen, dass der Kanton seiner Vision eines lebenswerten Kantons und eines Innovationsmotors, wie im Leitbild beschrieben, wieder näher kommt. Das ist aber nicht möglich, wenn immer nur Kürzungen vorgenommen werden müssen.

Armin Hartmann: Die SVP-Fraktion lehnt die Motion ab. Zwar wäre die Massnahme ergiebig, sie ist aber falsch platziert. Die Vermögenssteuer greift die Substanz an. Alle Steuern, welche die Substanz angreifen, stehen unter Druck, dazu gehören auch die Kapital- und die Vermögenssteuer. Die Vermögenssteuer wird weiter unter Druck geraten, der Kantonsrat hat diesbezüglich einen Vorstoss von Leo Müller überwiesen.

Hans Stutz: Die Grüne Fraktion unterstützt die Motion. Heute Morgen hat der FDP-Sprecher erklärt, dass sich alle an der Sanierung des Kantonshaushaltes beteiligen müssten. Es gibt also etwas zu sanieren, nämlich einen Kanton, der praktisch politunfähig geworden ist. Mit der Motion liegt ein Vorschlag zur Sanierung vor, der von bürgerlicher Seite abgewehrt wird. Es bleibt aber die Forderung, dass sich alle an der Sanierung beteiligen müssen.

Erwin Arnold: Die CVP-Fraktion lehnt die Motion mit der gleichen Begründung ab wie zuvor schon die Motion M 170 von Hans Stutz.

Andreas Moser: Die FDP-Fraktion hat sich bei der Sanierung des Kantonshaushaltes auf Einnahmenverbesserungen wie etwa bei der Grundstückgewinnsteuer oder der Motorfahrzeugsteuer berufen.

Gaudenz Zemp: Die FDP-Fraktion lehnt die Motion ab. Die Motion ist sehr aufschlussreich im Hinblick auf die Abstimmung vom 25. September 2016. Bisher haben die Initianten immer behauptet, die Unternehmenssteuer müsse erhöht werden, um damit einen steuertechnischen Fehler zu korrigieren. Mit dieser Motion verrät die SP, dass es ihr grundsätzlich um Steuererhöhungen geht, ob bei juristischen oder natürlichen Personen spielt dabei keine Rolle. Hauptsache es werden Gelder von oben nach unten verteilt und von der Wirtschaft zum Staat. Deshalb kann man die Motion mit gutem Gewissen ablehnen.

Jörg Meyer: In den Abstimmungsunterlagen und in allen Debatten, die der Finanzdirektor 2008 und bei den folgenden Steuergesetzrevisionen geführt hat, wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass sich der Kanton Luzern dies leisten könne und mit keinen Sparpaketen zu rechnen sei. Wir haben heute schon oft „Was wäre, wenn?“ gehört. Was wäre wohl gewesen, wenn man 2008 gesagt hätte, in zehn Jahren werden uns 300 Millionen Franken fehlen. Die Regierung führt in ihrer Begründung auf, dass von dieser Tarifanpassung 26'000 Personen betroffen sind, das entspricht etwa 10 Prozent der Wohnbevölkerung. Weiter wird erklärt, dass der Mittelstand in erheblichem Ausmass betroffen wäre. Das würde bedeuten, dass es sich beim Mittelstand um die genannten 10 Prozent handelt. Der linken Seite wird immer vorgeworfen, dass es ihr nur ums Umverteilen gehe und sie nicht sparen wolle. Wir haben

immer signalisiert, dass wir den Handlungsbedarf anerkennen und bereit sind, über das Sparen zu diskutieren, sofern es sich dabei um ausgewogene und faire Lösungen unter Einbezug aller wesentlichen Teile der Gesellschaft handelt.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Wir haben heute schon mehrfach über Zuzüge von Unternehmungen und natürlichen Personen gesprochen. Im Moment stockt es damit, weil die Rahmenbedingungen nicht sicher sind. Das hat mit der Unternehmenssteuerreform III und der Luzerner Steuerinitiative zu tun. Mit der Annahme dieser Motion würde eine weitere Unsicherheit hinzukommen, was wir aber verhindern möchten.

Der Rat lehnt die Motion mit 89 zu 23 Stimmen ab.